



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Personenbeförderungsgesetz

Aktuell seit 20.04.2026 08:30:33

Angegeben von:

Serviceplan Public Affairs GmbH & Co. KG (R007384) am 20.04.2026

Beschreibung:

Ziel ist, die Rückkehrpflicht für Mietwagen zu streichen bzw. zu flexibilisieren, um Leerfahrten zu vermeiden und On-Demand-Verkehre zu ermöglichen.

Betroffene Interessenbereiche (3)

Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#)

Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#)

Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (1)

PBefGÄndG 6 [\[alle RV hierzu\]](#)

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Unterstützung und Beratung bei der Interessenvertretung für die Plattform Shared Mobility und ihre Mitgliedsunternehmen. Dazu werden strukturierte Hintergrund- und Fachgespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie mit dem BMV und weiteren Ressorts vorbereitet und durchgeführt, Stellungnahmen zu Referentenentwürfen und Gesetzes-/Verordnungsverfahren (u. a. PBefG, eKFV, FZV) erarbeitet, sich an Konsultationen beteiligt, datenbasierte Positionspapiere veröffentlicht und Fachrunden /Parlamentarische Abende organisiert. Die Kontakte richten sich primär an Abgeordnete,

Fraktionen, Fachreferate und Abteilungen auf Bundesebene; bei Vollzugsfragen auch an Länder- und Kommunalvertretungen. Die Interessenvertretung erfolgt ausschließlich im Interesse der Plattform Shared Mobility und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Auftraggeber/-innen (5):

1. Bolt Services DE GmbH
2. LimeBike Germany GmbH
3. Plattform Shared Mobility
4. Uber Germany GmbH
5. Voi Technology Germany GmbH

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (2):

1. Thomas Kurz
2. Johannes Wendlinger

Unterauftragnehmer/-innen (1):

1. Patrick Kurth
pk7.ai